



10.04.2014

Die Ukraine erwarten harte Reformen

Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds verkündet / Gazprom erhöht Gaspreis stark / Von Christian Overhoff

Kiew/Bonn (gtai) - Die Ukraine wird 2014 wahrscheinlich in die Rezession abrutschen. Die neue Regierung von Arsenij Jazenjuk rückt grundlegende Reformen mit Blick auf EU-Assoziierung und IWF-Forderungen in den Vordergrund. Die Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds macht den Weg für eine massive finanzielle Unterstützung des Landes frei. Der Konflikt mit Russland belastet die ukrainischen Exporte. Handelserleichterungen von Seiten der EU werden diese Verluste zumindest teilweise kompensieren.

Die Ukraine leidet seit zwei Jahren unter wirtschaftlichem Stillstand. Nachdem die ukrainische Wirtschaft bereits im Jahr 2012 nur minimal um 0,2% gewachsen war, stagnierte die Entwicklung 2013 nach vorläufigen Angaben der Statistikbehörde Derzhstat. Für 2014 muss mit einem starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von bis zu 5% gerechnet werden.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine erwartet der vorläufige ukrainische Finanzminister Alexander Schlapak keine positiven Impulse. Sein Ministerium rechnet für 2014 mit einem BIP-Rückgang um 3%. Auch unabhängige Ökonomen, wie zum Beispiel Experten der Economist Intelligence Unit (EIU) oder des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) gehen von einer Rezession aus. Noch kritischer sehen die in der Ukraine vertretenen westlichen Banken die weitere Entwicklung. Die österreichische Raiffeisen Bank Aval rechnete im März für das Gesamtjahr 2014 sogar mit einem Rückgang des BIP um 5%.

Die Ukraine befindet sich am Rande des Staatsbankrotts. Das Land weist sehr hohe, strukturelle Defizite sowohl im öffentlichen Haushalt als auch in der Leistungsbilanz (2013: 9,1% des BIP) auf, die es aus eigener Kraft nicht weiter finanzieren kann. Kritisch ist auch der Zustand der Währungsreserven, die nach massiven, aber letztlich wirkungslosen Stützungskäufen geschmolzen sind. Anfang Februar sank der Bestand auf 15 Mrd. US\$. Dies entspricht einer Importdeckung von nur noch zwei Monaten. Es muss mit einer weiteren Abwertung der ukrainischen Währung gerechnet werden, da diese nur künstlich durch eine Devisenbewirtschaftung gestützt wird. Seit Anfang 2014 wertete die Griwna bereits um gut ein Viertel ab. Die ukrainische Zentralbank hat ihre Interventionen am Devisenmarkt zur Stützung der Nationalwährung eingestellt.

Die Aussichten für 2014 werden insbesondere durch einen drohenden Handelskrieg mit Russland weiter eingetrübt. Die positiven Effekte einer Währungsabwertung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit können dies kurzfristig nicht voll kompensieren. Die politische beziehungsweise außenpolitische Krise mit Russland hat zu verstärkten Abhebungen von Bankeinlagen geführt. Es besteht die Gefahr eines Sturms auf die Banken. Fahrt nimmt auch die Geldentwertung auf: Für 2014 rechnet das ukrainische Finanzministerium mit einer Inflationsrate von 12%.

Das Kreditrating der Ukraine wurde zuletzt weiter heruntergestuft. Die US-Ratingagentur Fitch hat angesichts der Krise in der Ukraine die Kreditwürdigkeit des Landes im Februar 2014 um eine Stufe von B- auf CCC herabgesetzt. Damit steht das Land bei den drei großen internationalen Ratingagenturen (Fitch, Moody's und Standard&Poor's) in der Bewertung eine Stufe vor dem Staatsbankrott. Hintergrund bilden sich auftürmende Rückzahlungsverpflichtungen aus früheren ausländischen Krediten, die die Ukraine ohne externe Finanzhilfe nicht mehr bedienen kann. Allein im Jahr 2014 muss der ukrainische Staat Auslandsschulden in Höhe von 9,63 Mrd. \$ begleichen.

Einigung mit dem IWF macht den Weg für weitere Finanzhilfen und ein besseres Rating frei

Premierminister Arsenij Jazenjuk hat im März 2014 gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) seine Bereitschaft angekündigt, sämtlichen Reformauflagen zuzustimmen, um ein neues Kreditabkommen abzuschließen. Der Fonds knüpft die Hilfen an wesentliche Änderungen in der ukrainischen Wirtschaftspolitik - explizit an einen höheren inländischen Gaspreis, einen flexibleren Wechselkurs und Einsparungen im Staatshaushalt.

Der IWF stellt Hilfen für die Ukraine in Höhe von 14 Mrd. bis 18 Mrd. \$ (bis zu 13 Mrd. Euro) in Aussicht. Damit haben sich der Fonds und die Übergangsführung der Ukraine offenbar auf ein Hilfspaket für das Land geeinigt. Die Vereinbarung darüber soll im April 2014 vom Direktorium des IWF genehmigt werden. In der Folge werden weitere rund 15 Mrd. Euro an Unterstützung durch internationale Geber frei.

Eine Soforthilfe in Höhe von 1 Mrd. \$ kommt von der US-Regierung. Die EU stellt 1,6 Mrd. Euro Makrofinanzhilfe bereit. Ab Juni sollen Erleichterungen im Handel mit der EU im Wert von jährlich 500 Mio. Euro gelten. Insgesamt schnürt die EU ein Hilfspaket über 11 Mrd. Euro. Die Weltbank stellt 3 Mrd. \$ und Japan 1 Mrd. \$ in Aussicht.

Alle Geberbanken warten auf den Abschluss eines Abkommens zwischen der Ukraine und dem IWF. Der Gesamtbetrag von 11 Mrd. Euro des Hilfspaketes der Europäischen Union setzt sich zusammen aus rund 3 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt für den Zeitraum 2014 bis 2020 sowie aus Finanzmitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Beide Banken können von 2014 bis 2016 voraussichtlich etwa 8 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Die anlaufende Finanzunterstützung und die Zusammenarbeit mit dem IWF machen zudem auch den Weg für wieder bessere Ratings und damit auch die Rückkehr auf den internationalen Kapitalmarkt frei.

Summen zwischen 25 Mrd. bis 35 Mrd. \$ von allen Gebern könnten ausreichen, um die unmittelbaren Finanzierungslücken der Ukraine in den kommenden zwei Jahren zu decken, meinen Experten. Insgesamt rund 15 Mrd. \$ an externen Hilfen bräuchte die Ukraine zunächst pro Jahr, schätzt der Ökonom und Osteuropaexperte Anders Aslund. Diese Mittel sollten dann auch genügen, um einen gewissen Puffer für die Folgen zu erwartender russischer Handelssanktionen zu bilden und auf eine mögliche Bankenkrise zu reagieren.

In einem dramatischen Appell bereitete Premier Jazenjuk das Land auf neue wirtschaftliche Härten und soziale Einschnitte vor. Die Ukraine werde eine schwierige Zeit durchmachen, da die Regierung zu massiven Einsparungen und zur Senkung von sozialen Standards gezwungen sei. Haushaltskürzungen von etwa 80 Mrd. Griwna (UAH; etwa 6,9 Mrd. \$; 1 US\$ = rund 11,6 UAH; Wechselkurs vom 7.4.14) wurden Ende März vom Parlament beschlossen. Das wären 17% aller Staatsausgaben für 2014. Beschlossen sind etliche Kürzungen bis hin zum Einfrieren staatlicher Investitionen und Gehälter. Außerdem sollen 24.000 Staatsbedienstete (rund 10%) entlassen werden. Vorgesehen ist auch die Halbierung der Renten für Pensionäre, die noch in einem Arbeitsverhältnis stehen.

Angekündigt wurde zudem die Anhebung des bisher stark subventionierten Gastarifes für Haushalte um 50%. Für regionale Energieunternehmen sollen sich die Preise ab dem 1.7.14 um 40% erhöhen. Weitere Preissteigerungen in den kommenden Jahren sind vorgesehen. Dies trifft vor allem den Durchschnittsbürger. Im Falle, dass dessen Haushalt nicht am Fernwärmesystem angeschlossen ist, nimmt dieser maximal bis zu 2.500 cbm pro Jahr direkt ab und bezahlt bisher rund 80 \$ pro 1.000 cbm. Der ukrainische Gasversorger Naftogaz musste aber 2013 beim russischen Gaskonzern Gazprom rund 400 \$ pro 1.000 cbm berappen. Seit Anfang April 2014 verlangt der Konzern sogar 485 \$ pro 1.000 cbm.

IWF-Experten favorisieren statt Preissubventionen direkte Hilfen an Bedürftige. Der subventionierte Gaspreis für Haushalte und Heizenergie kostet den ukrainischen Haushalt bisher einen Betrag in Höhe von 5 bis 7% des BIP. Besonders schädlich waren die mit den Subventionen verbundenen Schwarzgeschäfte, bei denen verbilligtes Gas an nicht berechnigte Empfänger weiterverkauft wurde. Eine Erhöhung der Tarife um nur 20% würde schon ein höheres BIP-Wachstum um 0,3 Prozentpunkte ergeben.

Weitere Öffnung des EU-Marktes könnte die Folgen des Handelskonfliktes mit Russland abschwächen

Die Ukraine muss in Folge des Konfliktes mit Russland hohe Exporteinbußen hinnehmen. Vor Beginn der ersten Handelseinschränkungen im Sommer 2013 betrug der Export nach Russland noch 25% der gesamten Ausfuhren. Zurzeit verweigert oder erschwert der östliche Nachbar die ukrainischen Ausfuhren nach Russland massiv.

Die Ukraine könnte durch eine weitere Öffnung des EU-Marktes für ukrainische Agrarproduzenten und die Nahrungsmittelindustrie - auch kurzfristig - wirtschaftlich sehr wirksam unterstützt werden. Die bisherige von der EU im Freihandelsabkommen vorgesehene Marktöffnung für diese Branchen beschränkt sich nur auf einige Kontingente. Immerhin soll dies der Ukraine laut EU-Kommission aber einen Vorteil in Höhe von 400 Mio. Euro bringen (für alle Branchen insgesamt 500 Mio. Euro).

Dies ließe sich um ein Vielfaches steigern, da der größte europäische Flächenstaat mit einem weltweiten Anteil von 25 bis 30% der Schwarzerdeböden in der Landwirtschaft einen großen komparativen Vorteil aufweist. Aber auch die arbeitsintensive Nahrungsmittelverarbeitung wie die Fleischverarbeitung könnte von einer weiteren Öffnung profitieren. Gerade die Nahrungsmittelexporte sind von dem russischen Handelsstopp stark betroffen. So kann etwa der größte Süßwarenhersteller der Ukraine, Roshen, nicht mehr nach Russland exportieren und wurde sogar zur Einstellung der Produktion in Russland gezwungen.

Eine sofort wirksame Maßnahme zur Stützung der ukrainischen Wirtschaft wäre auch die Öffnung der EU für ukrainische Arbeitskräfte. Russland hat bereits mit der Schließung seiner Grenzen für ukrainische Gastarbeiter gedroht, die bisher relativ problemlos einer Beschäftigung im Nachbarland nachgehen konnten. Zwischen der Ukraine und Russland ist bisher das Reisen ohne Visum möglich.

Außenhandel der Ukraine (in Mio. US\$; nominale Veränderung in %)

	2012	1. Halbjahr 2013	Veränderung 2013/12 *)
Importe	84.658,1	34.963,1	-14,5
Exporte	68.809,8	30.742,7	-8,7
Handelsbilanzsaldo	-15.848,3	-4.220,4	

*) 1. Halbjahr

Quelle: DerzhStat; Berechnungen von Germany Trade & Invest

Einfuhr nach Warengruppen (in Mio. US\$; nominale Veränderung in %)

Warengruppe 1)	2012	1. Halbjahr 2013	Veränderung 2013/12 2)
Agrarprodukte, Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	7.519,7	3.995,2	11,4
Erzeugnisse der chemischen und verwandten Industrien, darunter	8.586,4	3.871,8	-4,7
.Organische Chemikalien	920,4	339,1	-31,8
.Arzneimittel	3.307,9	1.300,1	-3,0
Kunststoffe und Kunststoffserzeugnisse	3.414,0	1.711,7	8,1
Eisen/Stahl	3.582,5	1.640,5	-7,2
Maschinen und Ausrüstungen, darunter	13.178,7	6.071,2	-2,3
.Kesselanlagen, Maschinen und Ausrüstungen	7.226,9	3.199,8	-11,7
.Elektrische Maschinen	5.951,8	2.871,4	10,8
Kraftfahrzeuge	5.948,6	2.699,9	-14,2
Optik, Feinmechanik, Medizintechnik	1.187,0	443,3	2,0

1) Warengruppen nach der Ukrainischen Klassifikation der Waren der Außenhandelstätigkeit (UKTZED), angelehnt an das Harmonisierte System (HS); 2) 1. Halbjahr

Quelle: DerzhStat; Berechnungen von Germany Trade & Invest

Außenhandel Deutschlands mit der Ukraine (Mio. Euro)

	2011	2012	Veränderung 2012/11 in %	2013	Veränderung 2013/12 in %
Deutsche Einfuhren	1.893,40	1.427,70	-24,6	1.543,70	8,1
Deutsche Ausfuhren	5.350,10	5.754,70	7,6	5.406,70	-6,0
Saldo	3.456,70	4.327,00		3.863,00	

Quelle: Destatis

(C.O.)


Dieser Artikel ist relevant für:

Ukraine

Außenwirtschaft, allgemein, Export, Wirtschaftsbeziehungen zur EU, Wirtschaftslage, -entwicklung, allgemein, Wirtschaftspolitik, allgemein, Internationale Organisationen, Öffentliche Finanzen, Staatshaushalt, Auslandsverschuldung, Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern, Regionen

KONTAKT

Verena Saurenbach

 0228/24993-283

 **Ihre Frage an uns**

[http:// www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=993186.html](http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=993186.html)

© 2014 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.